

# Europa Monitor

Nr. 3 im 2023



## Europa

### Marokko erstes arabisches Land für Waffenlieferungen an die Ukraine

Marokko war bislang neutral im Ukraine-Krieg. Doch jetzt liefert das Königreich als erstes afrikanisches und muslimisches Land Kampfpanzer an Kiew und schlägt sich klar auf die Seite des Angegriffenen.

Es handelt sich um Panzer vom Typ T-72, die Marokko vor 30 Jahren von Belarus erhalten hatte. Die tschechische Firma Excalibur hat sie im Dezember modernisiert. Jeder Panzer verfügt nun über verbesserte Wärmebildtechnik, Nachtsicht, Panzerung und befindet sich mittlerweile schon im Fronteinsatz.



Photo: Zumapress

Excalibur hatte damals im Rahmen der Aufrüstung erklärt, es werde weitere 90 „afrikanische“ Panzer in die Ukraine schicken, was auf einem von den USA und den Niederlanden finanzierten Vertrag über 2,2 Milliarden tschechische

Kronen (97 Millionen Dollar) basiert.

Anscheinend ist Marokko bereit, noch mehr von seinen insgesamt etwa 280 Panzern russischer Bauart abzugeben. Für die Ukraine ist dies ein Glücksfall. Denn die Lieferung beinhaltet auch Ersatzteile, die sie dringend für ihre große Flotte russischer Panzer benötigt.

Für das nordafrikanische Königreich ist die militärische Unterstützung der Ukraine eine politische Kehrtwende. Im März hatte sich das Land noch bei der Abstimmung der UN-Vollversammlung zur Verurteilung der russischen Aggression in der Ukraine der Stimme enthalten.

Marokko wollte zunächst neutral bleiben, wie so viele andere arabische Staaten auch. Ein Grund für das Umdenken Marokkos dürften die sich verschlechternden Beziehungen zu Algerien sein. Der Nachbarstaat ist ein treuer Verbündeter Russlands und zudem Finanzier der Polisario. Der algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune war wenig begeistert von der amerikanischen Anerkennung der Souveränität Marokkos über die Westsahara.

Algerien beendete die diplomatischen Beziehungen mit der Begründung „feindlicher Aktionen“ Marokkos. Nur so ließe sich „ein Krieg vermeiden“, sagte Tebboune. Der Präsident schloss zudem die Gaspipeline nach Marokko, die weiter nach Spanien führt. Der direkte Flugverkehr zum marokkanischen Nachbarstaat wurde abgebrochen.

Die letzten Turbulenzen gab es anlässlich der Afrikanischen Nationenmeisterschaft, die im Januar in Algerien stattfindet. Tebboune lehnte einen

Antrag des marokkanischen Fußballverbands ab, der seine Nationalmannschaft auf einem Direktflug der Royal Air Maroc nach Algerien bringen wollte. Rabat sagte daraufhin seine Teilnahme am Turnier ab.

### **Katargate: Weitere Festnahmen von Abgeordneten**

Im EU-Korruptionsskandal sind die beiden Europaparlamentarier Marc Tarabella und Andrea Cozzolino festgenommen worden. Nachdem zunächst der Belgier Tarabella in Brüssel festgesetzt und von der Staatsanwaltschaft verhört worden war, verhaftete die italienische Polizei ebenso kurz darauf Cozzolino. Dieser hatte sich in Neapel behandeln lassen und wurde beim Verlassen des Krankenhauses von der Finanzpolizei in Gewahrsam genommen, wie italienische Medien übereinstimmend berichteten.



*Marc Tarabella / Photo: AFP*

Den beiden Europaabgeordneten - die jüngst aus der Fraktion der Sozialdemokraten ausgeschlossen worden waren und vom Parlament ihre Immunität aberkannt bekamen - wird vorgeworfen, sich von Drittstaaten bezahlt haben zu lassen. Sie beteuern jeweils ihre Unschuld.

Im Dezember war das EU-Parlament durch den Korruptionsskandal um die damalige Vizepräsidentin Eva Kaili erschüttert worden. Sie verlor wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ihren Posten. Die Justiz legt Kaili und weiteren Verdächtigen die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche und Korruption zur Last. Es geht um mutmaßliche Einflussnahme auf Entscheidungen durch Katar und Marokko.

Tarabella wurde in Brüssel von Ermittlern befragt, die zudem sein Büro im EU-Parlament sowie andere Geschäftsräume durchsuchten. Die Fahnder gingen auch in das Büro Cozzolinos in



*Andrea Cozzolino / Photo: AP*

Brüssel. Dieser wurde unterdessen in Neapel in ein Gefängnis gebracht, wie die Nachrichtenagentur Ansa unter Verweis auf Justizquellen berichtete. Über beide Politiker und deren mögliche Rolle in dem Skandal war seit Dezember berichtet worden. Anfang Februar wurde dann ihre Immunität aufgehoben, so dass die Staatsanwaltschaft gegen sie ermitteln kann.

## **Österreich**

### **Verurteilungen im Wiener Terrorprozess**

Nach mehr als zwei Jahre endete der Prozess zum Anschlag vom 2. November 2020. Vier Angeklagte wurden wegen Beteiligung am Mord schuldig gesprochen, zwei freigesprochen.

Vor der Urteilsprechung kamen noch ein letztes Mal die Angeklagten zu Wort. Einer der Hauptangeklagten, Arijanit F. sagte: "Mein tiefstes Beileid an die Hinterbliebenen, die bisher zu kurz gekommen sind." Er sprach vom Problem, dass er früher mit allen auf "Bruder und Bruder" gemacht und dabei auch viele "Arschlöcher" kennengelernt habe. Sein Auto, mit dem er den späteren Attentäter in die Slowakei chauffierte, sei sein "ganzer Stolz" gewesen, ein Traum, den er sich mit Jobs neben der Lehre habe erfüllen können.

"Überall, wohin man mich gerufen hat, bin ich hingefahren", sagte F. Den Terroristen will er gar nicht so gut gekannt haben, obendrein sei dieser ein sehr verschlossener Charakter gewesen. Und: "Wie soll einer wie ich, der den IS verteufelt, sich nie etwas zuschulden kommen ließ, Monate davor jemanden intellektuell bestärken, der schon zuvor versucht hat, nach Syrien zu reisen, um sich dem IS anzuschließen?", sagte F. Hätte er von den Anschlagsplänen gewusst, "hätte ich es gemeldet, aber sowas von".

Die beiden Angeklagten Ismail B. und Burak K.

entschlossen sich dazu, gar nichts mehr zu sagen. Dafür griff der Viertangeklagte, Heydayatollah Z., noch einmal zum Mikrofon: "Ich habe Vorstrafen, ich habe Fehler gemacht", sagte er. Dabei ging es etwa um Körperverletzung, Raub und Suchtmittel. Terrordelikte waren bisher kein Thema. Er zweifelte zudem seine DNA-Spuren an, die auf sämtlichen Waffen sichergestellt wurden. "Ich bin unschuldig", sagte Z. zu den Geschworenen. Den Anschlag erwähnte Z. mit keiner Silbe. Der Fünftangeklagte, der Waffenvermittler Adam M., will wiederum "sicher nie" etwas mit Terrorismus zu tun gehabt haben, "werde ich auch nicht". Weder das FBI noch der Verfassungsschutz hätten dazu etwas gefunden. Er sei Security gewesen, habe Hollywoodstars und Spitäler bewacht, sei bei Raiffeisen als Eventmanager tätig gewesen und habe bei Marathons Barrikaden aufgebaut, "damit kein Auto vorbeikann".

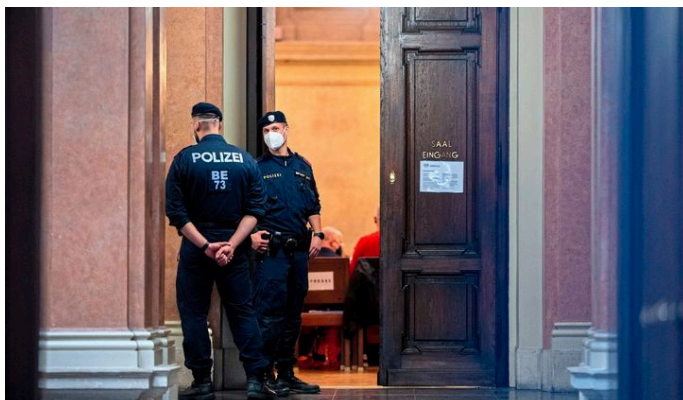


Photo: APA

"Hätte ich gewusst, zu was er (der Attentäter, Anm.) fähig ist, hätte ich die verdammte Nummer nie weitergegeben", beendete der Kindheitsfreund des Attentäters, Ishaq F., die Schlusswortrunde. F. legte letztlich aus dem Gefängnis heraus den Draht zum Angeklagten Adam M. "Ich muss damit leben, danke schön." Ein Untersuchungsbericht zu dem islamistischen Anschlag hatte im Jahr 2021 schwerwiegende Versäumnisse bei den österreichischen Sicherheitsbehörden aufgezeigt. Die Behörden hätten mehrere Gelegenheiten verpasst, die von dem späteren Attentäter ausgehende Gefahr zu erkennen und darauf zu reagieren, heißt es in dem ersten Bericht eines Untersuchungsausschusses der Regierung.

Nach der Entlassung des jungen Islamisten aus dem Gefängnis im Dezember 2019 habe es bis Oktober gedauert, bis eine Gefahreneinschätzu-

ng zu ihm fertiggestellt worden sei, heißt es in dem Bericht. Demnach ging von dem aus Nordmazedonien stammenden 20-Jährigen ein „hohes Risiko“ aus.

Zu der vorherigen Gefängnisstrafe war er verurteilt worden, weil er versucht hatte, nach Syrien zu reisen, um dort auf der Seite des IS zu kämpfen. Die 22-monatige Strafe musste er allerdings nicht vollständig absitzen. Anfang Dezember 2019 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen, nachdem er offenbar eine erfolgreiche Teilnahme an einem Deradikalisierungsprogramm vorgetäuscht hatte.

Dass bis zu der Risikoeinschätzung fast zehn Monate vergangen seien, sei „nicht akzeptabel“, kritisierten die Berichtsaufsteller. Die Bedrohung sei bereits im Juli deutlich geworden, als er sich mit bekannten deutschen und Schweizer Islamisten getroffen habe. Das Wiener Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) machte dem Bericht zufolge Ressourcenmangel und Arbeitsüberlastung für die Verzögerung verantwortlich.

## Frankreich

### Internationale Konferenz in Paris will Libanon unterstützen - Katar als Herd der Instabilität

Delegationen aus sechs Ländern wollten in Paris einen Ausweg aus der politischen und finanziellen Krise finden, die Libanon seit 2019 fest im Griff hält. Ägypten, Saudi-Arabien, Katar, die USA und Frankreich dürften Regierungsvertreter und die Delegationen der verschiedenen politischen Lager aus Libanon hinter verschlossenen Türen heftig unter Druck setzen. Denn das derzeitige politische Vakuum verhindert die von dem internationalen Währungsfond (IMF) geforderten drastischen Wirtschaftsreformen. Das libanesische Pfund hat innerhalb von drei Jahren mehr als 95 Prozent seines Wertes eingebüßt.

Auf der letzten von dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron einberufenen internationalen Libanon-Konferenz in Beirut hatten die Teilnehmerländer humanitäre Hilfe in Höhe von 370 Millionen Dollar zugesagt. Der Verbleib der Gelder ist weitgehend ungeklärt. Nach einer aktuellen Untersuchung der Weltbank leben mehr als 70 Prozent der 5,6 Millionen Libanesen in ihrer Heimat unterhalb der Armutsgrenze und verfügen über weniger als 14 Dollar am Tag. Doch

seitdem der ehemalige Präsident Michel Aoun im Oktober zum Ende seines Mandates den Präsidentenpalast verlassen hat, herrscht politische Apathie. Viele Libanesen versuchen, wegen der täglich mehrstündigen Stromausfälle und dem Verlust ihrer Ersparnisse zu emigrieren. Saudi-Arabien und andere Golfstaaten haben ihre Investitionen und politischen Ambitionen zurückgefahren. Die Ausnahme ist Katar, das sich

neben der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zu dem einflussreichsten Strippenzieher in Libanon gemausert hat. Libanesischer Politiker reisen regelmäßig nach Doha, das auch schon mehrmals die Soldzahlungen der schwach ausgerüsteten libanesischen Armee beglich. Der staatseigene Energieriese Qatar Energy übernahm den russischen Anteil an einem Firmenkonsortium, das künftig Gas vor der libanesischen Küste fördern will. In seltener Einigkeit hatten die ansonsten verfeindeten politische Lager vergangenes Jahr einem Vertrag mit Israel über die Förderung auf dem riesigen Gasfeld zugestimmt. Katars Engagement ändert die komplizierte Machtbalance des multireligiösen Staates. Während Saudi-Arabien die sunnitischen Milizen und Parteien offen unterstützte und den Einfluss der Iran-freundlichen schiitischen Hisbollah-Miliz bekämpfte, gilt Katar als Partner Irans und der Hisbollah.



Photo: Deutschlandradio

